Quo vadis, CDU? Eine selbstverschuldete Niederlage als Chance

Description

Von Matthias Dilling (University of Oxford)

Die CDU konnte nur verlieren, nachdem Guido Wolf, Julia KlÃ¶ckner und Reiner Haseloff von der FlÃ¼chtlingspolitik der Kanzlerin abgerÃ¼ckt waren. Im mutmaÃ?lichen KalkÃ¼l, der rechten AfD die potenziellen WÃ¤hler zu nehmen, forderten die drei Spitzenkandidaten eine striktere Regulierung der FlÃ¼chtlingsstrÃ¶me. Seit Sonntagabend herrscht die Gewissheit: Dieser Schuss ging sprichwÃ¶rtlich nach hinten los. WÃ¤hrend sie die Abwanderung von FlÃ¼chtlingskritikern zur AfD nicht stoppen konnten, verprellte ihre Kritik an der Kanzlerin Teile der StammwÃ¤hlerschaft der Union. Die Ergebnisse lesen sich wenig berauschend fÃ¼r die Christdemokraten: -12 Prozent in Baden-WÃ¼rttemberg, -3,4 Prozent in Rheinland-Pfalz und -2,7 Prozent in Sachsen-Anhalt und â?? im Gegensatz zur SPD â?? kein einziger Ã¼berzeugender Wahlsieg. Der CDU haben Wolf, KlÃ¶ckner und Haseloff zudem einen vÃ¶llig unnÃ¶tigen Zweifrontenkonflikt beschert. Soll dieser nicht so schmerzlich enden wie im Falle ihrer europÃ¤ischen Schwesterparteien in Ã?sterreich und den Niederlanden, tÃ¤te die CDU gut daran, sich auf ihren ursprÃ¼nglichen christdemokratischen Markenkern zu besinnen.

Verluste an die AfD

Das schlechte Abschneiden allein den Spitzenkandidaten zuzuschreiben, wÃ¤re sicherlich zu einfach. In Baden-WÃ¼rttemberg und Rheinland-Pfalz kÃ¤mpften die Christdemokraten aus der Opposition heraus gegen sehr beliebte Amtsinhaber. Dazu kam die Unzufriedenheit mit der FlÃ¼chtlingspolitik der Kanzlerin. Profitiert hat davon in erster Linie die AfD, die, neben ehemaligen NichtwÃ¤hlern, vor allem frÃ¼here CDU-WÃ¤hler fÃ¼r sich gewinnen konnte. Laut Infratest dimap war die CDU in allen drei Wahlen die im Landtag vertretene Partei, die am stÃ¤rksten an die Rechtspopulisten verlor. 75 Prozent der WÃ¤hler, die in Baden-WÃ¼rttemberg von der CDU zur AfD abgewandert sind, gaben als entscheidendes Thema fÃ¼r ihren Wechsel die FlÃ¼chtlingskrise an. Dazu beklagten 32 Prozent der CDU-WÃ¤hler, Merkel hÃ¤tte mit ihrer FlÃ¼chtlingspolitik einen groÃ?en Fehler gemacht. Vor diesem Hintergrund hÃ¤tte man erwarten kÃ¶nnen, die Kritik der Spitzenkandidaten an der Kanzlerin wÃ¼rde auf fruchtbaren Boden fallen. So

befÃ¼rworteten auch 61 Prozent der in Sachsen-Anhalt befragten CDU-WÃ¤hler Reiner Haseloffs Kritik an Merkels Politik. Weitere Umfragedaten deuten jedoch auf ein fundamentales Dilemma hin, in das sich die Union in der FlÃ¼chtlingsfrage manÃ¶vriert hat.

Die eigene Basis abgeschreckt

Der Versuch, mit der Merkel-Kritik den Aufstieg der AfD zu stoppen, scheiterte nicht nur, sondern hat der CDU sehr wahrscheinlich noch Stimmen bei ihrer eigentlichen StammwÃ¤hlerschaft gekostet. Die CDU ist keine genuin konservative, sondern eine christdemokratische Partei. Als solche, auch in Zeiten nachlassender Kirchenbindnung, fÃ¼hlen sich viele UnionswÃ¤hler dem â??Câ?•, und wenn nur als reines Wertekonstrukt, weiterhin verbunden, was sich in einem hohen Anteil an kirchennahen Katholiken und Protestanten in der CDU-WÃ¤hlerschaft widerspiegelt. FÃ¼r diese WÃ¤hler spielen Werte wie NÃ¤chstenliebe und SolidaritÃ¤t eine wichtige Rolle. Es lÃ¤sst sich vermuten, dass dies auch ihre Haltung zur FlÃ¼chtlingsfrage beeinflusst. FÃ¼r sie war die Kritik an der Politik der Kanzlerin ein Affront, eine Untergrabung des christlichen Profils der CDU, mit dem sie sich in der Vergangenheit identifiziert haben. In seinem Buch *Party Brands in Crisis* nennt Noam Lupu, Assistant Professor an der University of Wisconsin-Madison, diese AuflÃ¶sung des traditionellen Images einer Partei â??brand dilutionâ?•. Eine solche VerwÃ¤sserung des Parteiprofils muss einer Partei nicht unmittelbar schaden. Jedoch schwÃ¤cht sie die Parteiidentifikation der KernwÃ¤hlerschaft und reduziert dadurch den relativ stabilen WÃ¤hlerpool, auf den sich die Partei in kÃ¼nftigen Wahlen verlassen kann. Dadurch wird eine Partei anfÃ¤lliger fÃ¼r kurzfristige Faktoren, wie die Bewertung ihrer Regierungsarbeit, was widerum grÃ¶Ã?ere Schwankungen in ihren Wahlergebnissen bis hin zu hohen Verlusten wahrscheinlicher macht. Vor diesem Hintergrund war die Strategie von Wolf, KlÃ¶ckner und Haseloff umso problematischer, da sie nicht auf weitreichende Zustimmung der CDU-WÃ¤hler traf. Zwischen 49 und 57 Prozent der UnionswÃ¤hler in den drei BundeslÃ¤ndern, die am Sonntag gewÃ¤hlt haben, zeigten sich in einer Umfrage von Infratest dimap vÃ¶llig mit Merkels FlÃ¼chtlingspolitik einverstanden. 29 Prozent in Rheinland-Pfalz und 48 Prozent in Baden-WÃ¼rttemberg gaben zudem an, dass sich KlÃ¶ckner beziehungsweise Wolf unfair gegenÃ¼ber Merkel verhalten hÃ¤tte. Ganze 76 Prozent, wohl gemerkt der CDU-WÃ¤hler in Baden-WÃ¼rttemberg, begrÃ¼Ã?ten zudem, dass der grÃ¼ne MinisterprÃ¤sident Kretschmann die Kanzlerin so klar in der FlÃ¼chtlingspolitik unterstÃ¼tzt hat. So scheint es auch nicht verwunderlich, dass die

baden-wÃ¼rttembergische CDU am zweitstÃ¤rksten an die GrÃ¼nen verloren hat. Mit ihrer Strategie hat die Union folglich doppelt verloren: Weder konnten die Merkel-Kritiker gehalten, noch die eigene StammwÃ¤hlerschaft mobilisiert werden.

FlÃ¼chtlingskrise als Chance der ProfilstÃ¤rkung

Angesichts von Verlusten nach rechts und links stellt sich eine strategische Frage, die weit Ã¼ber die beiden BundeslÃ¤nder hinaus Konsequenzen hat: Quo vadis, CDU? Sicherlich, das Abschneiden der AfD darf nicht kÃ¼nstlich hochgespielt werden. Die Partei ist nach wie vor nicht fest im Parteiensystem verankert und das Schicksal der Piraten hat gezeigt, wie schnell der Stern einer Partei auch wieder sinken kann. Dazu kommen FlÃ¼gelkÃ¤mpfe zwischen Rechten und Rechtsextremen in der AfD, die eine weitere Spaltung der Partei nicht unmÃ¶glich erscheinen lassen. Letztlich darf auch der Protestwahlfaktor nicht unterschÃ¤tzt werden. Jedoch scheint der Anlass dieses Protestes, die FlÃ¼chtlingskrise und die ihr zugrunde liegenden Konflikte im Nahen Osten, und damit wohl auch die AfD in unmittelbarer Zukunft nicht zu verschwinden. Die CDU wird demnach nicht um eine Richtungsentscheidung herum kommen: Soll sie nach rechts rÃ¼cken und die Positionen der AfD (teilweise) Ã¼bernehmen oder Merkels eingeschlagenen Kurs konsequent weitergehen?

WÃ¤hrend die Situation, zumindest in diesem AusmaÃ?, fÃ¼r die deutsche Christdemokratie neu ist, lassen sich aus den Erfahrungen der europÃ¤ischen Schwesterparteien der CDU einige SchlÃ¼sse ziehen. Angesichts des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien in Ã?sterreich und den Niederlanden standen die dortigen Christdemokraten vor der gleichen Entscheidung: Nach rechts gehen oder in der Mitte bleiben? Noam Gidron, Doktorand an der Harvard University, ist dieser Frage in seiner jÃ¼ngsten Forschung nachgegangen. Seiner Analyse zufolge wÃ¤re die Union schlecht beraten, sich auf den Tanz mit den Rechten einzulassen. WÃ¤hrend diese Strategie zwar kurzfristig einen Zuwachs an Stimmen in bestimmten WÃ¤hlergruppen bringen kÃ¶nnte, wiegen diese Gewinne nicht die Verluste auf, welche die Abwanderung besser gebildeter WÃ¤hler der Mittelschicht mit sich bringen wÃ¼rde. Zwar profitierten sowohl die Ã¶sterreichische Ã?VP als auch der niederlÃ¤ndische CDA kurzfristig von ihrer Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten, doch fiel ihr Stimmenanteil von zwischenzeitlich 42,3 Prozent (Ã?VP, 2003) und 28,6 Prozent (CDA, 2003) auf knapp 24 und 8,5 Prozent in den letzten Wahlen. Die rechtspopulistische FPÃ? und PVV gewannen

hingegen und etablierten sich als feste GrÃ¶Ã?e im Parteiensystem. Es scheint demnach strategisch wenig attraktiv fÃ¼r die Union, sich den Positionen der AfD anzunÃ¤hern.

Stattdessen sollte die CDU die FlÃ¼chtlingsdebatte als Chance zur eigenen ProfilschÃ¤rfung nutzen. Nach Jahren der (teils Ã¼berzogenen) Kritik an der Sozialdemokratisierung der Union tÃ¤te die CDU gut daran, sich geschlossen hinter Merkel zu stellen. Eine mitfÃ¼hlende, verantwortungsbewusste und nÃ¤chstenliebende FlÃ¼chtlingspolitik wÃ¼rde zum christdemokratischen Markenkern passen und der Partei wieder eine klarere inhaltliche Ausrichtung geben, die Ã¼ber die Amtszeit Merkels hinweg Bestand haben kÃ¶nnte.

Matthias Dilling promoviert zur AnpassungsfÃ¤higkeit christdemokratischer Parteien an der University of Oxford.

Date Created
MÃ¤rz 21, 2016
Author
politikwissenschaft_h1c5yk